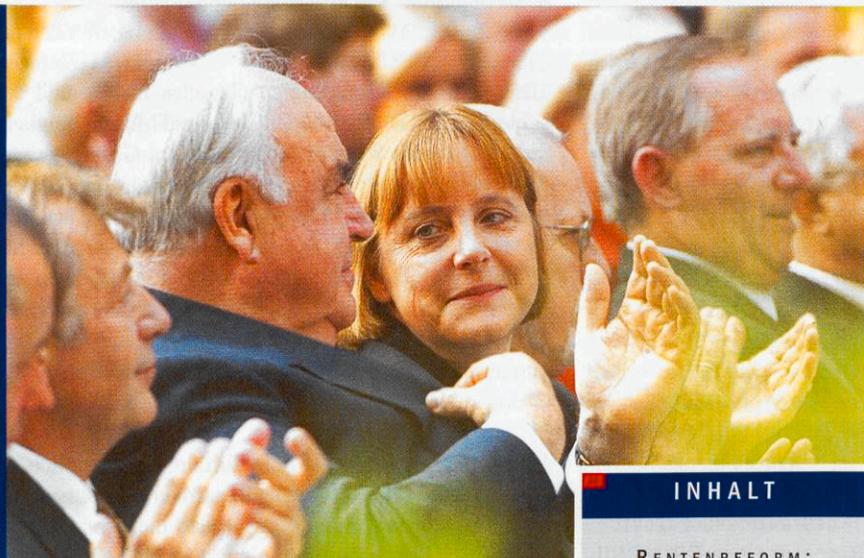


Fester der CDU „Einigkeit und Recht und Freiheit –
10 Jahre eine CDU für ein Deutschland“ am 1. Oktober



Ein glücklicher Tag für uns alle in ganz Deutschland ...

... der Tag der Deutschen Einheit – und ein Triumph für diejenigen, die ihn erkämpft haben. Der Dank an sie verbietet aber nicht: auch, „darüber zu sprechen, wer wann wo die Weichen richtig oder falsch gestellt hat“. Angela Merkel hat in ihrer Bundestagsrede nach

der Regierungserklärung des Kanzlers der SPD deren historische Fehler bei der Wiedervereinigung vorgeworfen und gefragt, ob derartige Fehleinschätzungen möglicherweise überhaupt für das Politikverständnis der SPD symptomatisch sind:

Siehe Dokumentation

INHALT

RENTENREFORM:
Verlässlich und
generationengerecht.
Beschluss der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion
am 29. September
SEITE 6 – 9

EURO:
Generalsekretär
Ruprecht Polenz
Das „Nein“ der Dänen
ist eine Mahnung:
Europa muss man
richtig machen
SEITE 16

HANS-PETER REPNIK:
HIER HAT THIERSE
ÜBERRASCHENDERWEISE
NICHT WEITER NACHGEBOHRT

Seite 4

63 Millionen Mark hat die SPD beim Verkauf einer Druckerei eingenommen. Nur: Im Rechenschaftsbericht der Partei taucht die Summe nicht auf. SPD-Schatzmeisterin Wettig-Danielmeier will nicht ausschließen, „dass da Fehler passiert sein können“. Die rot-grüne Mehrheit im Parteispenden-Untersuchungsausschuss will sie aber nicht anhören, wie die CDU beantragt hat. Der CDU-Obmann im Ausschuss, Andreas Schmidt: „Ein unglaublicher Vorgang.“

FRIEDRICH MERZ:
DIE ROT-GRÜNE BILANZ
NACH ZWEI JAHREN IST
ERNÜCHTERND

Seite 5

„Die Schröder-Regierung macht alles anders und vieles schlechter.“ Nach einem Jahr Chaos und Mittelmaßigkeit hat auch das zweite Regierungsjahr von Rot-Grün gezeigt: auf die Übernahme der Regierungsverantwortung waren sie nicht vorbereitet. So richtig klar geworden sind sie sich inzwischen nur darüber, was sie nicht wollen – ... und haben wichtige Reformen der früheren Regierung rückgängig gemacht. Die Liste der Beispiele, die der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nennt, ist lang: „Besonders enttäuschend: Stillstand auf dem Arbeitsmarkt.“

RENTENREFORM:
VERLÄSSLICH UND
GENERATIONENGERECHT.
BESCHLUSS DER CDU/CSU-
BUNDESTAGSFRAKTION

Seite 6–9

Die Bundesregierung ist aufgefordert, unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Reform der Rentenversicherung im Deutschen Bundestag einzubringen, der die Vorschläge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion berücksichtigt. Am 29. September hat die Union ihren Standpunkt noch einmal dargelegt. ■ Generationengerechtigkeit sicherstellen ■ Altersarmut vermeiden ■ Leistungsgerechtigkeit bewahren ■ Vertrauen und Verlässlichkeit wieder herstellen ■ Familien und Frauen fördern ■ Soziale Balance schaffen ■ Eigenvorsorge fördern: sind die wichtigsten Forderungen. Nur ein breiter gesellschaftlicher Konsens in diesen Fragen ist tragfähig für eine langfristige Reform.

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer-Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdud.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profittlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

ANGELA MERKEL:

Ein Angriff auf uns alle

Zwei oder vier Personen, vermutlich männlich, vermutlich jugendlich, schleuderten die Brandsätze gegen die Düsseldorf Synagoge in der Nacht zum Tag der Deutschen Einheit. Das Datum zeigt an, dass sich der Anschlag nicht nur gegen die kleine Minderheit der Juden richtete, sondern gegen die Gesellschaft insgesamt. Was immer in den Köpfen der Täter an braunem Gedankengut herumspuken mag: Eskamihre Absicht nicht gewesen sein, einer Ideologie zum Durchbruch zu verhelfen. Die Tat ist Ausdruck einer zutiefst destruktiven Haltung. Das ganze Volk muss sich von solchen Untaten angegriffen fühlen. Die jüngsten Ereignisse machen schmerzlich bewusst, wie wehrlos die Demokratie, wenn sie ihre Freiheitlichkeit bewahren will, gegen extremistische Gewalttäter ist.

Frankfurter Allgemeine

Weit über 90 Prozent verdammen solche Verbrechen

Provozieren wollten sie auf jeden Fall. Das gilt sowohl für die Brandsattentäter auf die Synagoge in Düsseldorf als auch für die Hakenkreuzschmierer, die

Klima der Solidarität schaffen

Zum Anschlag auf die Synagoge in Düsseldorf erklärt die Parteivorsitzende am 4. Oktober:

Die CDU ist bestürzt. Diese Schandtat zeigt uns in erschreckender Weise, vor welchen Problemen und Herausforderungen wir in Deutschland stehen. Es ist für mich schon seit Jahren bedrückend, dass Synagogen, Stätten jüdischer Gemeinden bis hin zu Restaurants überhaupt mehr oder weniger rund um die Uhr bewacht werden müssen.

Die CDU versteht die jüdischen Gemeinden als

einen wichtigen und über alle Maßen schützenswerten Bestandteil unseres Lebens in Deutschland. Auch wenn das schreckliche Geschehen damit nicht rückgängig gemacht werden kann, werden wir alles daran setzen, das Leben der jüdischen Gemeinden weiterhin zu unterstützen und zu befördern.

Alle gesellschaftlichen Kräfte sind deshalb aufgefordert, gemeinsam und über Parteigrenzen hinweg ein solches Klima der Solidarität zu schaffen.

Gedenksteine in Buchenwald besudelten. Noch sind die Täter nicht bekannt. Zweifellos aber stecken die Wurzeln aller in dem Sumpf der atavistischen und von verschiedenen Seiten genährten Xenophobie, die fast immer auf einer aus eigener Unsicherheit geborenen Furcht vor allem Fremden basiert. Vorhersehbar war das allgemeine Entsetzen über diese Übertaten. Verständlich sind auch erste Reaktionen führender Ver-

treter der jüdischen Gemeinschaften. Denn das Trauma des Holocaust wirkt dort nach wie vor noch stärker als irgendwo sonst. Es muss aber widersprochen werden, wenn jemand öffentlich vermutet, Juden säßen in Deutschland jetzt wieder auf „gepackten Koffern“. Weit über 90 Prozent der Deutschen verdammen solche Verbrechen. Der Staat steht unerschütterlich auf der Seite des Rechts. Die Welt

Hier hat Thierse überraschenderweise nicht weiter nachgebohrt

Zum ungeklärten Verbleib der 63 Millionen DM, die die SPD beim Verkauf einer Druckerei eingenommen hat, hat der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Repnik, Stellung genommen:

Die Frage ist denkbar einfach, aber von der SPD offensichtlich schwer zu beantworten: Wo sind die 63 Millionen?

Diese Summe hat die SPD 1986 beim Verkauf einer Druckerei erzielt; nur taucht sie im Rechenschaftsbericht der Partei nicht auf. Die SPD zieht daraus den Schluss, dieses Geld nie gesehen und darüber nie verfügt zu haben. Ihre heutige Schatzmeisterin, Frau Wettig-Danielmeier, spricht von Schulden, die beglichen worden seien – welche Schulden das waren, weiß sie nicht. Frau Wettig-Danielmeier war damals auch nicht damit befasst, will aber nicht ausschließen, „dass da Fehler passiert sein können“. Deutschland war im Bundestagswahlkampf, und die SPD hatte enormen Geldbedarf, das liegt auf der

Hand. Vorsorglich erklären Wolfgang Clement und Bodo Hombach – sie waren seinerzeit die obersten Wahlkämpfer –, mit diesem Millionen-Deal nichts zu tun gehabt zu haben.

So einfach kann es sich die SPD nicht machen – und schon gar nicht der Bundestagspräsident. Er muss der 63-Millionen-Frage konsequent nachgehen, schließlich hat er in der Vergangenheit bewiesen, dass er präzise Fragen stellen kann.

**ERKLÄRUNGS-
BEDARF IMMER
GRÖßER**

Andreas Schmidt, Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im 1. Untersuchungsausschuss:

Die SPD muss endlich für Transparenz bei ihren Finanzen sorgen. In der Bekanntmachung des Rechenschaftsberichts 1984 der SPD (BT-Drs. 10/4104 [neu], S. 106) heißt es zu den Finanzanlagen der SPD:

„In den beim Parteivorstand ausgewiesenen Finanzanlagen sind Beteiligungen



H.-P. Repnik



A. Schmidt

an wirtschaftlichen Unternehmen in Höhe von 60,5 Mio. DM enthalten, die im Treuhandvermögen des SPD-Parteivorstandes formal von der Konzentration GmbH, Bonn 2, erfasst werden. Sie sind grundsätzlich mit ihren Verkehrswerten angesetzt, um einen zeit- und realitätsnahen Wertausweis im Rechenschaftsbericht zu erlangen, wie es dem Gesetzeszweck über die Offenlegung auch des Parteivermögens entspricht“.

Die SPD erkennt hier an, dass bei Vermögensbeteiligungen das reale Vermögen und nicht fiktive Buchwerte angegeben werden müssen. Die SPD hat entgegen dieser eindeutigen Aussage bis heute massiv gegen das Transparenzgebot des Parteiengesetzes verstoßen.

FRIEDRICH MERZ:

Die rot-grüne Bilanz nach zwei Jahren ist **ernüchternd**

In einer ersten kritischen Bilanz erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, zu zwei Jahren Rot-Grün:

Mit dem Motto: „Wir werden nicht alles anders, aber vieles besser machen“ sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Bundestagswahl angetreten.

Nach fast zwei Jahren rot-grüner Regierungsverantwortung wissen die Bürger und Bürgerinnen in unserem Land: Die Schröder-Regierung macht alles anders und vieles schlechter. Rot-Grün war nicht auf die Übernahme der Regierungsverantwortung vorbereitet. Das erste Jahr war von Chaos und Mittelmaßigkeit gekennzeichnet, Deutschland sprach nur vom „Nachbesserungskanzler“.

Diese Regierung weiß seit zwei Jahren im Kern nur, was sie nicht will. Sie lehnte unser Steuerreformmodell ab, wollte keine Rentenreform und hat jetzt der notwendigen Gesundheitsreform eine Absage erteilt. Wichtige Reformen der früheren Regierung hat sie rückgängig gemacht. Die Neuregelung der 630-



Mark-Jobs, der sogenannten Scheinselbstständigkeit und des Kündigungsschutzes haben Deutschland ein Stück Erneuerung genommen. Zwei Jahre lang hat es Rot-Grün versäumt, eine tragfähige und zukunftsorientierte Rentenreform in Angriff zu nehmen. Die Bundesregierung hat leichtfertig unseren soliden demographischen Faktor zurückgenommen und zwei Jahre lang die Bevölkerung mit Rentnlügen hinters Licht geführt.

Auf dem Arbeitsmarkt gibt es keine Bewegung. Im ersten Jahr der Schröder-Regierung ist es auf dem Arbeitsmarkt praktisch zu einem Stillstand gekommen. Im Jahr 2000 geht zwar die Zahl der Arbeitslosen zurück, es entstehen aber kaum neue

Arbeitsplätze: Aus älteren Arbeitslosen werden Rentner; nicht aus jüngeren Arbeitslosen Beschäftigte.

Die Steuerreform ist verfehlt. Wir hätten sie früher und besser haben können. Vor allem ist sie nicht gerecht, denn sie hilft den großen Aktiengesellschaften und benachteiligt den Mittelstand. Sie bringt nicht weniger Steuern. Die notwendige Entlastung für alle Bürger kommt zu spät. Ganz im Gegenteil: Die Steuer- und Abgabenquote ist heute so hoch wie nie zuvor.

Die sog. Ökosteuer ist weder „öko“ noch logisch, noch sozial. Der Bundeskanzler ist mit dieser Abzockersteuer der Preistreiber auf den Energiemärkten der Bundesrepublik Deutschland. Eine normale Arbeitnehmerfamilie spart im Jahr 2000 mit den heruntersubventionierten Sozialbeiträgen allenfalls rund 300 DM. Im selben Zeitraum zahlt ein durchschnittlicher Arbeitnehmerhaushalt in unserem Lande wegen der hohen Energiekosten mindestens 1000 DM mehr. Auch deshalb gehört diese Steuer abgeschafft. 

Verlässlich und generationengerecht

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am 29. September den folgenden Standpunkt zur Reform der Rentenversicherung beschlossen:

Die Union hat der Bundesregierung im letzten Jahr Gespräche über eine Reform der Rentenversicherung angeboten. Sie hat sich in den letzten Monaten intensiv an den Bemühungen um eine Lösung der grundlegenden Probleme der Alterssicherung beteiligt und substantielle eigene Vorstellungen in die Diskussion eingebracht. Leitgedanke der anstehenden Reform ist aus Sicht der Union die Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung durch eine private und betriebliche Altersvorsorge. Die private Vorsorge muss sozial flankiert werden, damit sich Familien mit Kindern und Bezieher niedriger Einkommen die Vorsorgebeiträge auch leisten können. Denn Familien mit Kindern erbringen einen entscheidenden Beitrag für die Sicherung der Sozialsysteme.

Rot-Grün hat in der letzten Legislaturperiode einen Rentenkonsens kategorisch ausgeschlagen. Zudem hat Rot-Grün die Blüm'sche

Rentenreform zurückgenommen und damit die Probleme der Alterssicherung lange ignoriert und Problemlösungen erschwert. Durch die Vorlage von unterschiedlichsten Konzepten innerhalb weniger Monate hat sie das Vertrauen in die Rentenversicherung nachhaltig beschädigt.

Eine erste Bewertung des vom Bundesarbeitsminister vorgelegten Diskussionsentwurfs zur Rentenreform hat ergeben, dass das vorliegende Konzept erhebliche Mängel aufweist. Das Konzept belastet überproportional die junge Generation, begünstigt die Entstehung von Altersarmut, benachteiligt die Rentnerinnen und Rentner durch Kürzungen aufgrund willkürlicher Rechengrößen, schafft neue Ungerechtigkeiten für Frauen und beeinträchtigt damit die soziale Balance des gesamten Systems. Aus diesen Gründen ist der Entwurf in seiner jetzigen Form nicht zustimmungsfähig.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, im Deutschen Bundestag unverzüglich unter Berücksichtigung unserer Vorschläge ei-

nen Gesetzentwurf zur Reform der Rentenversicherung einzubringen. Sie ist nach wie vor bereit, im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens an einer sachgerechten Lösung einer zukunftsorientierten Alterssicherung mitzuwirken.

Eine tragfähige Reform der Alterssicherung erfordert nicht nur einen politischen, sondern auch einen gesellschaftlichen Konsens. Deshalb werden wir parallel zum Gesetzgebungsverfahren in einen intensiven Dialog mit den Sozialpartnern, Sozialverbänden, Rentenversicherungsträgern und den betroffenen gesellschaftlichen Gruppen eintreten. Die Ergebnisse des Dialogs und einer vertieften Prüfung des vorliegenden Diskussionsentwurfs werden in das weitere Gesetzgebungsverfahren eingebracht.

Generationengerechtigkeit sicherstellen

Die Union will eine Rentenreform, die die demographischen Lasten generationengerecht verteilt. Die Bundesregierung plant dagegen einen sogenannten Aus-

gleichsfaktor von jährlich 0,3% für die Rentenzugänge von 2011 bis 2030, also insgesamt 6%. Seine Bezeichnung ist eine Täuschung. Er gleicht nichts aus, denn er ist lediglich ein Kürzungsfaktor. Er belastet Versicherte um so stärker, je später sie in Rente gehen. Damit werden die Belastungen einseitig auf die jüngere Generation verschoben, wird gegen den Grundsatz der Generationengerechtigkeit verstoßen.

Der Kürzungsfaktor führt erstmals in der Geschichte der Rentenversicherung zu einem gespaltenem Rentenniveau und schafft damit Renten verschiedener Klassen. Arbeitnehmer, die vor 2011 in Rente gehen, erreichen im Jahr 2030 ein Rentenniveau von 65%. Arbeitnehmer, die nach 2030 in Rente gehen, sind dagegen von dem Kürzungsfaktor voll betroffen und müssen sich mit einem Niveau von unter 61% begnügen – das entspricht dem Rentenniveau der 60er Jahre. Der Ausgleichsfaktor ist deshalb für die Union ist nicht akzeptabel.

Der demographische Faktor hätte dagegen sicher gestellt, dass die aus der demographischen Entwicklung herrührenden finanziellen Lasten nicht einseitig den Beitragszahlern und damit der jungen Generation aufer-

legt, sondern solidarisch und maßvoll von Jung und Alt geschultert würden. Die gesetzliche und private Altersversorgung würden dann ein Gesamtversorgungsniveau von mindestens 70% erreichen.

Die Problematik des von der Regierungskoalition vorgeschlagenen willkürlichen Kürzungsfaktors wird noch verschärft durch die Tatsache, dass nach dem Konzept gleichzeitig ein Anstieg des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung auf 22% im Jahr 2030 zu erwarten ist. Eine derartige Konstellation wäre für die junge Generation nur schwer zu verkraften. Die Bundesregierung muss deshalb im Gesetzgebungsverfahren darlegen, welche Möglichkeiten auch in Zukunft genutzt werden können, um einen derartigen Beitragssatzanstieg zu verhindern.

Altersarmut vermeiden

Die Union will, dass die gesetzliche Rentenversicherung auch in Zukunft Armut im Alter vermeidet und für langjährig Versicherte einen ausreichenden Abstand zur Sozialhilfe gewährleistet. Das von der Bundesregierung ausgewiesene Rentenniveau von 64% im Jahr 2030 ist Makulatur. Tatsächlich

wird nur ein Niveau von 61% erreicht. Das ist für die Union nicht akzeptabel. Bei der Betrachtung des Rentenniveaus ist zu berücksichtigen, dass es nur von Arbeitnehmern erreicht wird, die 45 Jahre gearbeitet haben. Bei Versicherten mit einer kürzeren Erwerbsbiographie – und dies trifft insbesondere auf Frauen zu – liegt das Rentenniveau deutlich darunter. Das von der Regierungskoalition vorgeschlagene Konzept trifft Frauen deshalb besonders hart. Die Blüm'sche Rentenreform hätte das Rentenniveau auf mindestens 64% stabilisiert, was seinerzeit von Rot-Grün als sozialer Kahlschlag und als unanständig abqualifiziert wurde.

Die zurückgehaltenen Pläne des Bundesfinanzministers zur Besteuerung der Renten erhärten zudem unsere Vermutung, dass über die Rentenbesteuerung das Rentenniveau sogar noch unter das bisher angestrebte Niveau gedrückt werden soll. Für die Union ist es eine Zumutung an einer Rentenreform mitzuwirken, wenn die Bundesregierung monatelang Geheimpläne zur Rentenbesteuerung in der Absicht zurückhält, diese erst nach den nächsten Wahlen aus der Schublade zu ziehen. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, uns und die

Öffentlichkeit unverzüglich über ihre gesamten Pläne zu informieren und die Auswirkungen der von ihr beabsichtigten Rentenbesteuerung auf das Rentenniveau offen zu legen.

Darüber hinaus muss die Bundesregierung weitere geplante Vorhaben wie etwa die Hinterbliebenenversorgung für gleichgeschlechtliche Partnerschaften, die die Rentenversicherung zusätzlich belasten, zurücknehmen.

Leistungsgerechtigkeit bewahren

Die gesetzliche Rentenversicherung baut auf dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung. Dieses Prinzip muss – neben den notwendigen Elementen des sozialen Ausgleichs – im Grundsatz erhalten bleiben. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung von ihrem Vorhaben, eine bedarfsorientierte Mindestsicherung innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung einzuführen, auf Druck der Union abgerückt ist.

Nun will sie aber eine rentengleiche Dauerleistung im Bereich der Sozialhilfe einführen. Der Rückgriff der Sozialhilfeträger auf die Unterhaltsverpflichteten soll ausgeschlossen werden,

wenn der Hilfsbedürftige über 65 Jahre alt oder dauerhaft erwerbsunfähig ist. Das bedeutet faktisch, dass jemand der nicht gearbeitet hat, im Alter genau so viel erhält, wie derjenige, der langjährig in die Rentenversicherung eingezahlt hat. Dies verletzt den Solidargedanken und den Grundsatz der Beitragsgerechtigkeit. Dies bedeutet: Wer vorsorgt, wird versorgt; wer nicht vorsorgt, wird auch versorgt.

Zudem werden so die finanziellen Lasten auf die Kommunen verschoben. Der vorgesehene Ausgleich in Höhe von 600 Mio. DM ist völlig unzureichend.

Zu unserem Verständnis von Leistungsgerechtigkeit gehört auch, Versicherten, die 45 und mehr Arbeitsjahre zurückgelegt haben, die Möglichkeit eines abschlagsfreien vorzeitigen Renteneintritts zu ermöglichen. Dieser Vorschlag wurde von der Bundesregierung bislang nicht aufgegriffen.

Vertrauen und Verlässlichkeit wieder herstellen

Es muss bei dem Grundsatz bleiben, dass die Rentner an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben. CDU und CSU begrüßen da-

her, dass die Bundesregierung endlich den Forderungen der Union nachgegeben hat und die Rente nach Kassenlage wenigstens für das Jahr 2001 wieder zurücknimmt.

Allerdings plant die Bundesregierung neue willkürliche Kürzungen der Rentenanpassungen. Basis für die Rentenanpassungen ab 2001 soll nunmehr ein fiktives Nettoeinkommen sein. Beginnend mit dem Jahr 2001 mit 0,5% und endend im Jahr 2008 mit 4% werden unabhängig vom Umfang der tatsächlich gezahlten Beiträge zur privaten Altersvorsorge die Rentenanpassungen gekürzt. Dieser manipulative Eingriff ist für die Union nicht akzeptabel. Auch hier wird deutlich, dass der demographische Faktor systematischer, gerechter und nachvollziehbarer ist.

Familien und Frauen fördern – Soziale Balance schaffen

Wir wollen, dass die Menschen in ihrer Eigenvorsorge nicht alleine gelassen sondern nachhaltig unterstützt werden. Nach langem Zögern hat die Bundesregierung unsere Kernforderungen in diesem Bereich im Grundsatz erfüllt. Allerdings

ist die Umsetzung dieser grundsätzlichen Bereitschaft im vorliegenden Entwurf mangelhaft und unzureichend ausgestaltet.

Rot-Grün beginnt im nächsten Jahr bei der Kinderkomponente mit einem Betrag von 3,75 DM pro Monat und mit 3,13 DM Grundzulage. Sie erreicht das von uns durchgesetzte und vom Kanzler versprochene Fördervolumen von 30 DM pro Kind und 25 bzw. 50 DM Grundzulage pro Monat erst in acht Jahren. Dies wird dazu führen, dass sich viele die Vorsorgebeiträge nicht leisten können. Damit wird das Ziel eines schnellen und breiten Einstiegs in die private Vorsorge nicht erreicht. Ein frühzeitiger und kräftiger Einstieg in die private und betriebliche Vorsorge ist für uns unabdingbar. Deshalb schlagen wir vor, die Förderung in drei kräftigen Schritten bis 2003 umzusetzen. Es sollte zudem sichergestellt werden, dass die Kinderkomponente tatsächlich dem zu Gute kommt, der die Erziehungsleistung erbringt.

Im Hinblick auf die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge bleibt der Diskussionsentwurf völlig unzureichend. Er entzieht bereits bestehenden betrieblichen Versorgungssystemen die Grundlage, verursacht unabsehba-

ren Verwaltungsaufwand und ist nicht praktikabel.

Es ist unverständlich, dass bei den Anlageformen die Wohneigentumsbildung und die langfristige Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand von vorneherein ausgeschlossen sind. Die Wohneigentumsbildung, die rund 80% der Bevölkerung als sinnvolle Altersvorsorge ansehen, darf nicht durch wettbewerbsverzerrende Strategien von Rot-Grün an den Rand gedrängt werden.



Eigenvorsorge fördern

Eine unannehmbare soziale Schieflage entsteht auch durch die vorgesehenen Neuregelungen zur Hinterbliebenenversorgung. Dies betrifft wiederum insbesondere Frauen. Das Einfrieren des Freibetrages führt zur Abkoppelung von der allgemeinen Einkommensentwicklung und damit zum langfristigen Aus für die Hinterbliebenenversorgung. Die vollständige Anrechnung aller Einkommensarten in der Hinterbliebenensicherung untergräbt den Anreiz zur Eigenvorsorge und verstößt ebenfalls gegen das Leistungsprinzip in der Rentenversicherung. Ansprüche aus der Hinterbliebenenversorgung dürfen auch bei Wie-

derverheiratung nicht verlorren gehen, sondern müssen zu eigenständigen Anwartschaften werden. Das im Diskussionsentwurf vorgesehene Rentensplitting kann dazu führen, dass selbst erworbene Rentenansprüche in vielen Fällen erheblich gekürzt werden.

Mit der Einführung eines Kinderfaktors in der Hinterbliebenensicherung hat der Bundesarbeitsminister eine Forderung der Union aufgegriffen, ihre Ausgestaltung ist jedoch mangelhaft.

Von der Aufwertung der Kindererziehungsleistungen durch die geplante Rente nach Mindesteinkommen sind nichterwerbstätige Frauen mit einem Kind und Frauen ausgenommen, die Kinder vor 1992 geboren haben. Hier muss im Gesetzgebungsverfahren eine gerechte Lösung gefunden werden, die dem Ziel einer eigenständigen Alterssicherung von Frauen Rechnung trägt. Dies gilt auch für Erziehende, deren Erwerbsverläufe aufgrund von Kindererziehung unterbrochen sind und die deshalb keine ausreichende Altersvorsorge aufbauen können. Für sie sind Kindererziehungszeiten für einen Übergangszeitraum besser als bisher in der Rentenversicherung zu berücksichtigen. **UD**

MARIA BÖHMER, MARIA EICHHORN UND ANNETTE WIDMANN-MAUZ:

Gegen neue soziale Ungerechtigkeit

Zur Rentenreform und dem Diskussionsentwurf von Arbeitsminister Riester äußerten sich die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Böhmer, die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Maria Eichhorn, und die Vorsitzende der Gruppe der Frauen, Annette Widmann-Mauz:

Maßstab für die Rentenreform ist soziale Gerechtigkeit. Wir treten ein für Gerechtigkeit zwischen den Generationen, Gerechtigkeit innerhalb der Generationen und Gerechtigkeit für Frauen, insbesondere Mütter.



M. Böhmer

Trotz der Verbesserungen in den vergangenen Jahren sind gerade Frauen, die Kinder erziehen, bei der Rente im Nachteil. Heute erhalten immer noch mehr als 70% (alte Bundesländer) bzw. 54% (neue Bundesländer) der versicherten Rentnerinnen Renten unter 1.200 DM/Monat. In den alten Bundesländern verfügen

1995 rd. 19% der alleinstehenden älteren Frauen über ein Nettogesamteinkommen von weniger als 1.250 DM/Monat, d.h. nicht mehr als Sozialhilfeniveau. In den neuen Bundesländern lag der Anteil bei 15,5%. Diese Rentenreform muss daher als Chance genutzt werden, Nachteile für Frauen in der Rente weiter abzubauen und die eigenständige Alterssicherung zu verbessern. Dies leistet der Entwurf der Bundesregierung nicht – im Gegenteil!



M. Eichhorn

Die Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden unter keinen Umständen dem jetzigen Entwurf zur Rentenreform von Bundesarbeitsminister Riester zustimmen. Denn der Entwurf schafft neue soziale Ungerechtigkeit und geht zu Lasten von Frauen und Müttern:

■ Der Ausgleichsfaktor trifft Frauen härter als Männer: Der Ausgleichsfaktor ist in Wahrheit ein Kürzungsfaktor. Mit einem „realem“ Rentenniveau von 61% bezogen auf den Eckrentner mit 45

Ver sicherungsjahren trifft er Frauen härter als Männer. Denn Frauen haben im Durchschnitt nur 28 Versicherungsjahre.

■ Private Vorsorge ist besonders für Mütter unzureichend: Die Kinderförderung der Bundesregierung beträgt in 2001 gerade einmal 3,75 DM pro Monat und Kind. Dieser Betrag versetzt Eltern nicht in die Lage, angemessen und zeitig einen soliden Grundstock in der privaten Altersvorsorge aufzubauen. Gefördert werden sollen Mütter nur während der anzurechnenden Kindererziehungszeit von 3 Jahren. Dies ist viel zu kurz. Erziehende, die über diese Zeit hinaus nicht erwerbstätig werden, erhalten keine Förderung mehr.

■ Die Witwenrente steht vor dem Aus: Viele Frauen sind auf die Hinterbliebenenversorgung als ergänzende Altersversorgung angewiesen. Die Pläne der Bundesregierung, den Freibetrag einzufrieren, bedeutet jedoch eine jährlich zunehmende



A. Widmann-Mauz

Altersversorgung angewiesen. Die Pläne der Bundesregierung, den Freibetrag einzufrieren, bedeutet jedoch eine jährlich zunehmende

Verschlechterung der finanziellen Situation von Witwen. Denn während die zu berücksichtigende eigene Rente jährlich erhöht wird, bleibt der Freibetrag unverändert. Damit werden die Hinterbliebenen von der Entwicklung der Einkommen abgekoppelt. Langfristig bedeutet es das Aus für die Hinterbliebenenversorgung.

■ Rente nach Mindesteinkommen benachteiligt viele Frauen: Die Bundesregierung betreibt mit dem Vorschlag der Renten nach Mindesteinkommen Klientelpolitik. Profitieren werden davon nur wenige, benachteiligt werden dagegen viele: Für Elternteile, die z.B. als Alleinerziehende mit ihrem Einkommen über dem Durchschnittsentgelt liegen, wirkt sich das Modell überhaupt nicht aus. Mütter mit einem Kind, die nicht erwerbstätig sind, werden von

”

Die Rentenreform muß als Chance genutzt werden, Nachteile für Frauen in der Rente weiter abzubauen.

der Regelung ganz ausgeschlossen. Erziehende, die Kinder vor 1992 geboren haben, gehen leer aus. Dabei

muss gerade letzteren geholfen werden, verstärkt eine eigenständige Sicherung aufzubauen und für das Alter vorzusorgen.

Appell an die Frauen in der SPD

Wir fordern den Arbeitsminister daher auf, seinen Entwurf zu korrigieren. Wir fordern die Frauen in der SPD auf, dieses Reformwerk nicht mitzutragen.

Wir treten stattdessen für eine Reform ein, die bestehende Nachteile für Frauen in der Alterssicherung beseitigt und dazu beiträgt, den Aufbau einer eigenständigen Alterssicherung zu ermöglichen. Wir fordern daher eine Reform,

- die Altersarmut verhindert.
- die Familien durch eine sofortige und umfassende Förderung in die Lage versetzt, eine private Altersvorsorge aufzubauen,
- bei der die Witwenrente erhalten bleibt,
- bei der die eigenständige Alterssicherung ausgebaut wird und
- die stärkere Belastung von Frauen durch den Ausgleichsfaktor stoppt. **UD**

[http://](http://www.cducsu.bundestag.de)

www.cducsu.bundestag.de

Dürftige Entlastung

■ Die nur teilweise Gleichstellung des Gartenbaus mit dem produzierenden Gewerbe reicht nicht. Die **Energiekosten** für das Heizen von Gewächshäusern sind seit Februar 1999 in Deutschland um über 200 Prozent gestiegen. Die Holländer zahlen ein Drittel dieser Kosten. 14.000 Gartenbaubetriebe sind von diesem Wettbewerbsnachteil betroffen. Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagfraktion, hat die Bundesregierung zu schneller Überbrückungshilfe aufgefordert: „Gleichzeitig muss jetzt das längst angekündigte Energie-Effizienz-Programm in Kraft treten.“

Bankrotterklärung

■ Den SPD-Vorschlag, als Ausgleich für die Belastungen aus der Ökosteuer die **Sozialhilfesätze** zu erhöhen, hat der Sozialhilfeexperte der CDU/CSU, Peter Weiß, eine „sozialpolitische Bankrotterklärung“ genannt. Sozialhilfe ist für die Sicherung des Existenzminimums da und nicht zur Reparatur politischer Fehlentscheidungen. Das richtige Rezept lautet: „Die Ökosteuer muss weg!“

Beamtenfeindlich

■ Die rot-grüne Koalition verweigert den Beamten die ▶

► längst überfällige Beteiligung an der Gehaltsentwicklung im Tarifbereich des öffentlichen Dienstes. Ohne sachlichen Grund zögert die Bundesregierung eine **Besoldungsanpassung** hinaus und erreicht damit, dass der Bundestag sie in diesem Jahr nicht mehr beschließen kann. Wolfgang Bosbach, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU: „Wir beabsichtigen einen eigenen Gesetzentwurf einzubringen, der den Beamten keine ungerechtfertigten Sonderopfer auferlegt.“

Verschiebepipeline

■ Mit dem Gesetzentwurf zur **Neuregelung der sozialversicherungsrechtlichen Behandlung von einmalig gezahltem Arbeitseinkommen** verschiebt die Bundesregierung schon wieder einmal finanzielle Lasten aus dem Bundeshaushalt auf die Beitragszahler: 2,5 Milliarden Mark. Karl-Josef Laumann, sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Mit der neuen Belastung der Arbeitslosenversicherung wird Spielraum für Beitragssenkungen verschenkt.“

Worthüllen

■ Zur **Förderung und Verstärkung der Bautätigkeit** haben Bundesregierung und Tarifparteien ein Zehn-

Punkte-Programm unterzeichnet. Dietmar Kansy, baupolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Ein Eingeständnis von Taten- und Hilflosigkeit. Nur Maßnahmen wie Bekämpfung illegaler Beschäftigung und Verstärkung privater Infrastrukturfinanzierung sind noch lange keine Investitionsoffensive und werden den befürchteten Abbau von bis zu 500.000 Beschäftigten im Bauhauptgewerbe nicht aufhalten.“

Qualitätsoffensive

■ Um 500 Millionen Mark gehen im Haushalt 2001 gegenüber 1998 die Investitionen für Bildung und Forschung zurück: ein negatives Signal in Richtung Wirtschaft, auf deren Beitrag die technologische Entwicklung in Deutschland dringend angewiesen ist. Norbert Hauser, Berichterstatter der CDU/CSU zur Vorlage des **Berichts zur technologischen Leistungsfähigkeit 1999**: „Wir brauchen eine Qualitätsoffensive und Förderung der Eliten. Nur dadurch werden wir unsere Stellung an der Weltspitze behaupten.“

Minderheit übergangen

■ Rot-Grün hat mit seiner Mehrheit im Gesundheitsausschuss eine Anhörung zu dem von der CDU/CSU ein-

gebrachten Antrag, **„Zukunft der sozialen Pflegeversicherung“** abgelehnt – und damit die Beschäftigung mit den Problemen der Demenzerkrankten. Die gesundheitspolitischen Sprecher Wolfgang Lohmann und Wolfgang Zöller sowie der für die Pflegeversicherung zuständige Berichterstatter, Ulf Fink: „Sonntagsreden auf dem Welt-Alzheimerstag. Wenn es aber darauf ankommt: Desinteresse. Unsere Forderung, die Leistungen für Demenzerkrankte im Rahmen der Pflegeversicherung zu verbessern, muss dringend erfüllt werden.“

Mit größter Besorgnis

■ werden die Folgeschäden von **Crack-Konsum** beobachtet: Schädigung von Gehirn und Lunge, Aggressionsausbrüche, extreme Unruhe. Crack ist ein Kokainderivat, wirkt in sehr kurzer Zeit und besitzt ein hohes Suchtpotential. Hubert Hüppe, Beauftragter der CDU/CSU für Drogenpolitik: „Wir haben eine Kleine Anfrage zum Umfang des Crack-Konsums und zu Konsequenzen für Hilfsangebote und Prävention eingebracht und wollen damit rechtzeitig auf Gefahren aufmerksam machen, bevor sie einen ähnlichen Umfang annehmen, wie es bei Ecstasy der Fall war.“

DER 3. OKTOBER ist nach Meinung der Mehrheit der von Allensbach befragten Deutschen der bessere und geeignetere Nationalfeiertag. 59 Prozent sehen das so. Nur 16 Prozent würden lieber den 17. Juni feiern, den Gedenktag an den Arbeiteraufstand in der ehemaligen DDR am 17. Juni 1953.

NOCH ZEHN JAHRE

und länger werden nach Einschätzung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln die neuen Bundesländer auf die Finanztransfers aus dem Westen angewiesen sein. Auch wenn das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt seit 1991 von 35 auf 61 Prozent des Westniveaus angestiegen ist, ist das Ziel eines einheitlichen Lebensstandards lange nicht erreicht.

DIE CDU Rheinland-Pfalz hat nach einer Umfrage des "Infratest dimap"-Instituts die SPD in der Wählergunst überholt. Ein halbes Jahr vor der Landtagswahl sprechen sich 43 Prozent der Befragten für die Christlichen Demokraten aus, 40 Prozent für die Regierungspartei.

DAUERHAFT ausgeglichener Haushalt ohne Kreditaufnahme – dieses Ziel will die bayerische Landesregierung bis 2006 erreichen. Bereits 2002 soll erstmals seit 28 Jahren die Netto-Neuverschuldung unter die Milliardengrenze sinken. Finanzminister Kurt Faltlhauser bei der Vorstellung des Doppelhaushalts: Im kommenden Jahr werden wir noch 1,14 Milliarden Mark aufnehmen.

ALS PRAXISFERN und „Strangulierung“ der Industrie lehnen Arbeitgeber den Gesetzentwurf über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge ab. Reinhard Göhner, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA): Die Bundesregierung sollte auf Komplizierungen des Arbeitsrechts verzichten, die Teilzeitarbeitsplätze mehr behindern als fördern. Vor unlösbare Probleme sehen sich Arbeitgeber vor allem dadurch gestellt, dass Arbeitnehmer künftig verlangen können, innerhalb von drei Monaten statt der bisher regelmäßigen Arbeitszeit nur die Hälfte,

ein Drittel oder ein Viertel ihrer Arbeitszeit zu leisten.

ORTSKERNE sollen angesichts großer Einkaufszentren auf der grünen Wiese vor „Verödung“ bewahrt werden. Aus diesem Grund wollen die kommunalen Spitzenverbände, dass längere Ladenöffnungszeiten auf Geschäfte in den Innenstädten beschränkt bleiben.

FERNUNTERRICHT

wird immer attraktiver. Nach Angaben des Deutschen Fernschulverbands (DFV) haben im letzten Jahr 120.820 Fernschüler einen Lehrgang bei deutschen Fernlehrinstituten belegt: 14,2 Prozent mehr als 1998. Mit 80 Prozent ist innerhalb dieses Zuwachses die größte Steigerung bei den Lehangeboten zur Informationstechnik zu verzeichnen.

INTERNET wird von 98 Prozent der Journalisten inzwischen für ihre tägliche Arbeit benutzt. Wie Forsa feststellte, sind noch vor zwei Jahren erst 43 Prozent der Redakteure von Printmedien, Hörfunk und Fernsehen online gewesen.

SPD und Grüne **verniedlichen** die Probleme in den neuen Ländern

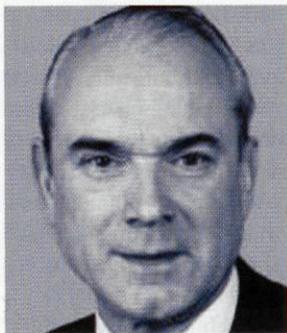
Zum Abstimmungsverhalten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Bundestagsausschuss für Bildung und Forschung erklärte der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für berufliche Bildung, Rainer Jork:

Der Berufsbildungsbericht 2000, ein ergänzender Entschließungsantrag von Rot-Grün sowie der Antrag der CDU/CSU-Fraktion „Lehrstellenmangel Ost mit wirksamen Regelungen angehen“ standen zur Abstimmung. Letzterer wurde von Rot-Grün abgelehnt.

Dramatische Situation

Der CDU/CSU-Antrag steht in direktem Zusammenhang mit den Ergebnissen einer Expertenanhörung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur dramatischen Lehrstellensituation in den neuen Bundesländern und enthält folgende Kernforderungen:

■ Das Sofortprogramm „Jump“ muss dringend und kritisch auf seine Wirksamkeit im Hinblick



auf die spezifische Situation in den neuen Ländern überprüft werden. Ziel muss die unmittelbare Integration in den 1. Arbeitsmarkt sein.

■ Jegliche kontraproduktive Konkurrenz zu wirksamen Programmen der Länder muss beseitigt werden.

■ Die „Pro-Kopf-Prämien-Förderung“ ist vor allem an finanzschwache kleine und mittlere Unternehmen zu zahlen.

■ Bewerberinnen und Bewerber für bestimmte Berufe mit abgeschlossener Berufsschulausbildung sind nicht durch weitere Qualifizierungsmaßnahmen, sondern durch die Zahlung von Lohnkostenzuschüssen an entsprechende Arbeitgeber zu unterstützen.

■ Die Mobilität lehrstellen-suchender Jugendlicher ist zu erleichtern.

■ Berufemittelnovativem Zukunftspotential sind gerade in den neuen Ländern zu fördern.

■ Das wirksamste Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist eine mittelstandsfreundliche Wirtschafts-, Finanz- und vor allem Steuerpolitik für die neuen Länder.

Eindeutige Zahlen

Eine Besserung der Lehrstellensituation in den neuen Ländern ist nur durch eine Erhöhung der betrieblichen Ausbildungsplätze möglich. Die Zahlen sind eindeutig: Während im Westen für 100 Bewerber 76 Ausbildungsplätze bereitstehen, sind es im Osten nur 17. Noch drastischer sieht der Vergleich zwischen Bayern und Sachsen aus: Während in Bayern ein Überangebot herrscht und 117 betriebliche Ausbildungsplätze auf 100 Bewerber kommen, sind es in Brandenburg nur 13 betriebliche Ausbildungsplätze auf 100 Bewerber.

GERHARD FRIEDRICH UND ANGELIKA VOLQUARTZ:

Der BAföG-Gesetzentwurf ist noch **verbesserungsbedürftig**

Zu dem vom Bundeskabinett verabschiedeten Gesetzentwurf zur Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) erklären der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerhard Friedrich, und die BAföG-Berichterstatlerin Angelika Volquartz:

Nach der verspäteten Vorlage der Eckpunkte hat Frau Bulmahn endlich die Zustimmung des Bundeskabinetts für die BAföG-Reform erhalten. Zu lange hat sie gebraucht, bis auch sie eingesehen hat, dass das Bildungsgeld des sog. Drei-Körbe-Modells nicht finanzierbar ist. Dann hat der Bundesfinanzminister die Reform weiter verzögert, um zu sparen. Deshalb müssen die Studierenden fast zwei Jahre, nämlich bis zum Frühjahr 2001, auf spürbare Leistungsverbesserungen warten.

Das „Ausbildungsförderungsreformgesetz“ greift die wichtigsten Vorschläge der CDU/CSU-Fraktion vom November 1999 für eine „Reform im System“ auf. Entscheidend ist die Anpassung

der Bedarfssätze an die tatsächliche Entwicklung der Lebenshaltungskosten und eine deutliche Anhebung der Gefördertenquote. Letztere wird durch die Nichtanrechnung des Kindergeldes beim Einkommen der Eltern und die spürbare Anhebung der Freibeträge erreicht.

In der letzten Legislaturperiode haben die Finanzminister von Bund und Ländern in einstimmigen Beschlüssen immer nur eine „kostenneutrale“ Reform akzeptiert. Deshalb tragen auch die SPD-regierten Bundesländer Mitverantwortung dafür, dass die Zahl der Geförderten jahrelang gesunken ist.

In den Gesetzentwurf hat die Ministerin jetzt auch die von uns geforderte soziale Komponente aufgenommen: Kinder aus einkommensschwachen Familien sollen nicht durch eine zu hohe Darlehensbelastung zu Beginn der Berufstätigkeit von der Aufnahme eines Studiums abgehalten werden. Das rückzahlbare Darlehen soll jetzt 20.000 DM betragen.

Obwohl wir jetzt über die Grundzüge der Reform einig sind, ist der Gesetzentwurf



G. Friedrich



A. Volquartz

noch verbesserungsbedürftig:

■ Wir haben vorgeschlagen, schon die monatliche Förderung ab einem Betrag von 800 DM nur noch als Zuschuss zu gewähren. Die Studierenden aus einkommensschwachen Familien können dann durch schnelles Studium und überdurchschnittliche Studienleistungen die Darlehensbelastung weiter reduzieren. Wenn das Darlehen erst bei der Schlussabrechnung bei 20.000 DM gekappt wird, gehen diese Leistungsanreize in vielen Fällen verloren.

■ Auch die neue Studienabschlussförderung lockert den Druck, das Studium in angemessener Zeit zu beenden. Sie kann sogar noch von denjenigen beantragt werden, die die Regelstudienzeit schon um 4 Semester überschritten haben.

Das „Nein“ der Dänen ist eine Mahnung: Europa muss man **richtig** machen

Die CDU bedauert die knappe Ablehnung des dänischen Volkes zum Euro. Das gescheiterte Referendum ist jedoch nicht das letzte Wort für die Dänen. Die CDU begrüßt, dass selbst große Teile der dänischen Euro-Skeptiker sagen, dass bei einem Beitritt Schwedens und Großbritanniens zum Euro sich auch in Dänemark die Frage zu einem Euro-Beitritt neu stellen würde.

Das „Nein“ des dänischen Volkes ist jedoch eine Mahnung an uns alle: Europa muss man richtig machen. Die von der Bundesregierung mitgetragenen Boykottmaßnahmen gegen Österreich und die voreilige Verleihung des Kandidatenstatus an die Türkei haben dem europäischen Einigungswerk einen Bärendienst erwiesen: der Ausgang des Euro-Referendums in Dänemark wurde negativ beeinflusst.

Der EU-Gipfel in Nizza am 7. und 8. Dezember 2000 muss daher zu einem Aufbruchsignal werden. Die institutionellen Reformen und die gemeinsame europäische Verteidi-

gung müssen beschlossen sowie ein Auftrag zur Ausarbeitung eines Verfassungsvertrages mit einer klaren Kompetenzverteilung erteilt werden. Auch die Beitrittsverhandlungen müssen nun zügig vorangetrieben werden.

Dennoch darf die Sorgfalt beim Aushandeln angemessener und flexibler Übergangsregelungen in sensiblen Politikbereichen nicht vernachlässigt werden. Für beide Aspekte werden wir uns auch in Zukunft einsetzen, denn kein Land kann mehr von einer gelungenen Osterweiterung profitieren als Deutschland.

RÜCKSCHLAG

Zum Scheitern der Euro-Einführung in Dänemark erklärte der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Hintze:

Die Entscheidung der Dänen ist ein Rückschlag für den europäischen Einigungsprozess. Zwar sind die direkten wirtschaftlichen Auswirkungen gering, denn die Dänische Krone bleibt eng mit

dem Euro verbunden. Gravierender sind die politischen und psychologischen Verwerfungen, die durch diese Entscheidung gegen den Euro der Integration Europas zugefügt wurden.

Monatelang haben die Regierungen der Euro-Länder dem Kursverfall der gemeinsamen Währung nahezu tatenlos zugesehen. Die Hoffnung auf gute Absatzchancen für Exporte hat den verantwortlichen Politikern den Blick für die mittel- und langfristigen Gefahren eines schwachen Euro vernebelt. Höhepunkt waren Äußerungen von Bundeskanzler Schröder Anfang September, mit denen er den Eindruck erweckte, Deutschland habe Interesse an einem schwachen Euro. Vor diesem Hintergrund war die Position der Euro-Befürworter in Dänemark schwierig.

Jetzt drohen neue Schwierigkeiten für die europäische Integration. Sie können nur durch entschlossenes Handeln der Regierungen der EU überwunden werden. Die Regierungskonferenz zur Reform der EU muss erfolgreich abgeschlossen werden. **UID**

Initiative der EVP-ED-Fraktion zur finanziellen Unterstützung Serbiens

Im Namen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament hat der Fraktionsvorsitzende Hans-Gert Pöttering der Demokratischen Opposition und Vojislav Kostunica zum Sieg in Serbien über Milosevic und sein Regime sowie zu dem deutlichen Bekenntnis für einen neuen demokratischen Start gratuliert:

„Mit seinem Votum hat das serbische Volk deutlich zum Ausdruck gebracht, dass es auf Grundlage der gemeinsamen Werte leben möchte, die

von allen Völkern Europas, zu denen Serbien gehört, geteilt werden.“

Die EVP-ED-Fraktion besteht darauf, dass jetzt konkrete Unterstützung erfolgt, um den demokratischen Kräften und den demokratisch gewählten Politikern dabei zu helfen, dass die Demokratie ein Erfolg wird.

„Deswegen fordern wir die europäischen Institutionen – den Rat, die Kommission und das Europäische Parlament – auf, sofort in einen Dialog zu treten, um die notwendigen finanziellen Mittel unver-

züglich zur Verfügung zu stellen. Wir werden alle Mechanismen erwägen, um sicherzustellen, dass die Hilfen unverzüglich zur Verfügung gestellt werden können“, sagte Hans-Gert Pöttering nach einer Sitzung der EVP-ED-Fraktion in Brüssel.

Er kündigte gleichzeitig an, dass die EVP-ED-Fraktion – mit 233 Mitgliedern die größte Fraktion im Europäischen Parlament – vorschlagen werde, die Wahlen in der Bundesrepublik Jugoslawien und die Unterstützung der neugewählten demokratischen Kräfte mit dem Rat und der Kommission zu diskutieren.

Hans-Gert Pöttering: „Die EVP-ED-Fraktion möchte dem serbischen Volk greifbare Unterstützung für den demokratischen Neubeginn geben. Indem es auf demokratische Weise das Milosevic-Regime beendet und sich zur europäischen Wertefamilie bekannt hat, gibt es jetzt auch neue Hoffnung für die friedliche Entwicklung in der ganzen Region.“



EUROPÄISCHE ARBEITNEHMER:

Vertrauen in den Euro

Die Europäische Union Christlich Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA) vertraut nach wie vor der gemeinsamen europäischen Währung. Der Euro rundet nicht nur die Wirtschafts- und Währungsunion ab, sondern macht den gesamten europäischen Einigungsprozess unumkehrbar. Er ist das Symbol für das Ende des ersten großen Ab-

schnitts des europäischen Einigungsprozesses und für den Beginn des zweiten: für die Vollendung der wirtschaftlich ausgerichteten Einigung, die im Binnenmarkt und der gemeinsamen Währung gipfelt, und für die Notwendigkeit, nunmehr den Prozess von Maastricht und Amsterdam hin zu einer politischen Union verstärkt voranzutreiben.

In den **neuen Ländern** an die Grenzen des Wachstums gestoßen

Viola Neu:

**Am Ende der Hoffnung.
Die PDS im Westen.
Zukunftsforum Politik
Zusammenfassung
der wesentlichen
Ergebnisse:**

Die PDS im Westen war bislang in der Forschungslandschaft ein weißes Blatt. Intensive Untersuchungen der Wähler und der Wahlausichten der PDS liegen noch nicht vor. Mit der Studie will die Konrad-Adenauer-Stiftung diese Lücke schließen und die Fragen klären, welche Aussichten die PDS im Westen hat und von wem sie unterstützt wird.

Wenn die PDS ihren bundespolitischen Einfluss sichern will, müsste sie im Westen ein größeres Wählerpotenzial erschließen, da sie in den neuen Ländern an die Grenzen des Wachstums gestoßen ist. Wahlerfolge der PDS im Westen stehen allerdings aus. Wenn sie überhaupt kandidiert, erhält sie im Durchschnitt von gut einem Prozent der Wähler Unterstützung. Sie ist im Westen nach wie vor eine

marginale Splitterpartei. Von dem von Gysi schon im Bundestagswahlkampf 1990 gesteckten Ziel „Ein Milliöchen Stimmen im Westen“ ist die PDS noch weit entfernt.

Entscheidend für die Beurteilung der Wachstumsaussichten der PDS im Westen ist es, welches Potenzial sie seit 1990 gewinnen konnte. Zu den bisher offenen Forschungsfragen gehört, ob die PDS im Westen in erster Linie an die „Wahlerfolge“ der orthodoxen und undogmatischen linken Splitterparteien anknüpft. Wenn sie überwiegend von diesem Wählermilieu unterstützt wird, sind auch ihre zukünftigen Erfolgsaussichten begrenzt. Wenn es der PDS aber in nennenswertem Umfang gelingen würde, in das Wählerreservoir der Grünen

und der SPD einzudringen, hätte sie in Zukunft die Chance, dieses Wählerpotenzial

konstant zu erweitern. Nach den Analysen der Konrad-Adenauer-Stiftung ist es der PDS im Westen nicht gelungen, in nennenswertem Ausmaß in das Grünen- und SPD-Wählerpotenzial einzudringen. Bei der Zusammensetzung der PDS-

LEKTÜRE-TIPP

Wählerzugewinne im Westen zeichnet sich nur eine schwache Konkurrenzsituation zur SPD oder den Grünen ab. Auch gibt es keine Hinweise darauf, dass die Akzeptanz der PDS im Westen gewachsen ist. Zwar gelingt es der PDS, über ihr Kernpotenzial hinaus, politischen Protest für sich zu mobilisieren, jedoch in äußerst geringem Umfang. Die PDS ist somit im Westen auch nicht die Protestpartei.

Sie hat im Westen vor allem dort Erfolge, wo linksextreme Splitterparteien seit den 50er Jahren ihre Hochburgen hatten. Damit knüpft sie auch im Westen überwiegend an Milieus der extremen Linken an.



Ausgezeichnet werden Leistungen zur **Stärkung** des Gemeinsinns

Zum achten Mal schreibt die **Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU unter der Schirmherrschaft der Parteivorsitzenden, Angela Merkel, und Edmund Stoiber, in Zusammenarbeit mit den kommunalpolitischen Landesvereinigungen der CDU und CSU den Bundeswettbewerb „Konrad-Adenauer-Preis für Kommunalpolitik 2000“** aus.

Mit dem Konrad-Adenauer-Preis werden hervorragende Leistungen im kommunalpolitischen Bereich ausgezeichnet, die es verdienen, einer breiten Öffentlichkeit als modelhaft vorgestellt zu werden.

Gesucht und ausgezeichnet werden Leistungen, die durch Eigeninitiative von Bürgerinnen und Bürgern, freien Trägern, Vereinen, Städten, Gemeinden und Kreisen zur Stärkung des Gemeinwe-

sens und des Gemeinsinns beigetragen haben. Der Name eines großen Deutschen, Konrad Adenauer, Staatsmann, Europäer und Kommunalpolitiker, steht für diese Idee.



**Konrad
-Adenauer-
Stiftung**

Die bisher durchgeführten sieben Wettbewerbe haben beispielhaft aufgezeigt, wie durch Einfallsreichtum Freiräume im politischen Handeln genutzt werden können. Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Einzelpersonlichkeiten, Städte, Gemeinden und Kreise haben oft unter schwersten Bedingungen durch ihre Initiativen und durch ihre Eigenverantwortung die kommunale Selbstverwaltung gestärkt und fortentwickelt.

Auch der Konrad-Adenauer-Preis für Kommunal-

politik 2000 soll beweisen, dass er erfolgreiche Kommunalpolitik durch, für und mit dem Bürger betrieben wird.

Zur Teilnahme berechtigt sind Städte, Gemeinden und Kreise, Einzelpersonlichkeiten, Bürgerinitiativen, freie Träger, Vereine und sonstige Organisationen, die durch eigenen Antrieb wichtige Leistungen zugunsten der Bürger erbringen. Zur Teilnahme angemeldet werden diese Initiativen durch die CDU- oder CSU-Fraktion oder ihre kommunalpolitischen Vereinigungen in Städten, Gemeinden und Kreisen.

Die Anmeldungen werden schriftlich eingereicht bei der Bundesgeschäftsstelle der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU,
Klingelhöfer Str. 8,
10785 Berlin,
Tel.: 0 30/2 20 70/4 70
Fax: 0 30/2 20 70/4 79
eMail: www.kas.de

**Anmeldeschluss:
30. November**

”

Ich möchte alle, die es sich irgend zutrauen,
ermutigen: Machen Sie mit!

Angela Merkel



SPD UND GELD

Wirklich nichts
zu verbergen?

Wo bei den Christdemokraten seit Monaten nach dem eisernen Besen gerufen wird, nehmen die Sozialdemokraten offenbar für sich in Anspruch, mit ihrem Geld unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu hantieren. Wo aber ist der wirkliche Unterschied zum System Kanther in Hessen? Vielleicht hat SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier tatsächlich nichts Ungesetzliches zu verbergen. Aber noch nicht einmal offen legen zu wollen, wohin 63 Millionen Mark aus Geschäftverkäufen mitten in der heißen Wahlkampfphase 1986 geflossen sind und welche Schulden damit beglichen wurden, muss misstrauisch stimmen. Die SPD und der von ihr gestellte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse haben die Messlatte in der CDU-Finanzaffäre aus gutem Grund sehr hoch gelegt. Jetzt müssen sie sich selber daran messen lassen. Die Welt

PROTEST

Kein Regierungsmitglied
ließ sich blicken

Fünftausend Brummi-Fahrer machten in Berlin ihrem Ärger über die Benzinsteuer-Abzocke von Rot-Grün Luft. Kein Regierungsmitglied ließ sich blicken. Mit eiskalter Arroganz antworteten die Mächtigen auf den Bürgerprotest. Doch es wird nicht helfen. Entweder die Ökosteuer fällt, oder das Schröder-Fischer-Kabinettsgerät in schwere See. Hochmut kommt vor dem Fall. Der Auto-Kanzler und seine Grünen-Freunde könnten sich bei den nächsten Wahlen an diese alte Volksweisheit bitter erinnern. Schon jetzt ist Rot-Grün wieder im Umfragetief. Bild

ÖLPREISE

Siebzig Prozent

Es ist immer einfach, mit dem Finger auf andere zu zei-

gen. In diesen Tagen wird die Bundesregierung nicht müde, die Schuld am Anstieg der Ölpreise den Produzenten zu geben. Dazu haben SPD und Grüne das Schmähwort „Multis“ wieder ausgegraben, als die multinationalen Ölkonzerne der Politik und einer sich revolutionär fühlenden Jugend für jede Untat gut zu sein schienen. Natürlich ist es auf die Produzenten und ihr Kartell zurückzuführen, dass die Ölpreise in den vergangenen Monaten stark gestiegen sind. Doch es sollte nicht vergessen werden, dass rund 70 Prozent des Benzinpreises in Form von Steuern und Abgaben direkt in die Taschen des Staates fließen.

Frankfurter Allgemeine

RENTENREFORM

Pläne mit dem Stempel
des Vorläufigen

Lange hat sich der Bundesarbeitsminister gescheut, seinem Rentenkonzept endgültigen Charakter zu geben. In immer neuen Abstim-

mungsrunden hat Riester Verbündete gesucht und Zugeständnis um Zugeständnis gemacht. Doch die Strategie des Tarifverhandlungstaktikers, hinter verschlossenen Türen den fertigen Kompromiss auszuhandeln, taugt für die Politik nur bedingt. Der Politiker Riester musste springen, bevor er den Rentenkonsens festgezurrte hatte, weil weiteres Zuwarten bedeutet hätte, die Rente in den Wahlkampf zu ziehen. Doch selbst jetzt noch, da endlich ein Gesetzentwurf vorliegt, gibt Riester seinen Plänen den Stempel des Vorläufigen. Betitelt ist die Vorlage lediglich als „Diskussionsentwurf“. Deutlicher kann die Aufforderung an die Opposition nicht sein, weiter Korrekturen zu verlangen. Riester macht selbst Fragezeichen hinter seine Pläne.

Frankfurter Allgemeine

BUNDESREGIERUNG

In Saus und Braus

Das war ein teurer Tag für die Bundesregierung. Ge-

sundheitsministerin Fischer gab 1,5 Milliarden Mark für die Rückerstattung zu viel kassierter Sozialbeiträge aus. Sozialminister Riester legte für denselben guten Zweck noch einmal 1,4 Milliarden Mark drauf. Innenminister Schily spendierte den Beamten 1,96 Milliarden Mark Gehaltserhöhung für die nächsten beiden Jahre. Bauminister Klimmt und Bildungsministerin Bulmahn machten für die Heizkostenzuschüsse auf Wohngeld und BAföG ein halbe Milliarde Mark locker. Weitere 500 Millionen Mark gab Bulmahn für die BAföG-Erhöhung aus. Außerdem schenkte Finanzminister Eichel den Berufspendlern rund 800 Millionen Mark. So viel Einkommensteuer entgeht dem Bund nämlich im kommenden Jahr wegen der Entfernungspauschale. Summa summarum ergibt das ein Minus von 7,7 Milliarden Mark für den Bund. So lautet die vorläufige Kostenbilanz einer einzigen Kabinettsitzung. Die endgültige Rechnung könnte noch höher ausfallen. Wahrlich, das Bundeskabinett lebte in Saus und Braus.

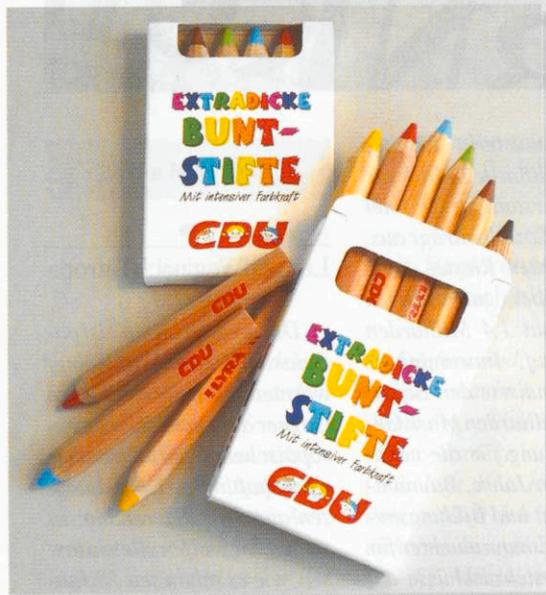
Berliner Zeitung

DÄNEMARK

Langer Weg nach Europa

Dänemarks „Nein“ ist paradox. Bereits im Wahlkampf warnten selbst die erbitterten Gegner der gemeinsamen europäischen Währung davor, wirtschaftliche Konsequenzen aus dem Referendum zu ziehen. Sie wollen alles so lassen, wie es schon seit 18 Jahren ist: Die Krone bleibt an DM und Euro angekoppelt, die dänische Notenbank betreibt keine eigene Geldpolitik. Im Grunde ist das dänische Geld damit nur eine Unterausgabe des Euro. Die Paradoxie schärft den Blick dafür, dass es in dem Referendum überhaupt nicht um die Währung ging. Die Dänen stimmten nicht gegen den Euro, weil sie eine eigene Währung wollen. Sie votierten mit „Nein“, weil sie den Prozess der weiteren Einigung Europas ablehnen. Das aber hat echte Konsequenzen, und zwar nicht nur für Dänemark selbst, sondern auch für das übrige Europa.

Berliner Zeitung



Die CDU-Buntstifte mit intensiver Farbkraft

bruch-, wisch- und wasserfest
Verpackungseinheit: 10 Schachteln
mit jeweils 6 Buntstiften
Preis je 10 Schachteln: 34,00 DM
Bestell-Nr. 9250

Minischultüte

Inhalt: 4 Buntstifte, Radiergummi,
Bleistift und CDU-Vitaminbonbons
Verpackungseinheit: 10 Expl.
Preis je 10 Expl. 30,00 DM
Bestell-Nr. 9557





Sektflaschentasche passend zum CDU-Geschenkpapier

(1 Set enthält 25 Expl.)

1 Set 27,50 DM

Bestell-Nr. **0304** (blau)

Bestell-Nr. **0305** (rot)

CDU-Geschenkbund

weisses Satinband mit rotem Aufdruck „CDU“
(10 mm x 25 m)

1 Rolle 11,90 DM

Bestell-Nr. **0306**



CDU-Geschenkpapierrolle

(75 cm x 10 m)

1 Rolle 11,90 DM

Bestell-Nr. **0306**



Siegelmarke „CDU“

ovale Silberfolie (34 mm x 25 mm)
mit rotem Aufdruck „CDU“

(Rolle a 100 Expl.)

1 Rolle 7,50 DM

Bestell-Nr. **0307**

Union Betriebs GmbH
 Postfach 1190
 53348 Rheinbach
 PVSt, Deutsche Post AG
 Entgelt bezahlt.

Papiertaschentücher

126 Expl. 45,00 DM
 Bestell-Nr. 9637



Vitaminbonbons

500 Expl. 21,00 DM
 Bestell-Nr. 9560

BESTELL- ANSCHRIFT

IS-Versandzentrum
 Postfach 1465
 59306 Ennigerloh
 Telefax 02524/911310
 e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

